

„Volkshochschulen sind unverzichtbare Institutionen der allgemeinen Weiterbildung“

Interview mit Dr. Timm Kern MdL
*Stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer
Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion*



Warum braucht Baden-Württemberg ein umfassendes Angebot an allgemeiner Weiterbildung durch die Volkshochschulen?

Im Rahmen eines lebensbegleitenden Lernens kommt den Weiterbildungseinrichtungen eine besondere Bedeutung zu. Hierbei zeichnen sich die Volkshochschulen durch ein sehr breites Bildungsangebot aus und sind daher nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion unverzichtbare Institutionen insbesondere der allgemeinen Weiterbildung. Letztlich liegt der Arbeit der Volkshochschulen ein humanistischer Bildungsbegriff zugrunde, den es bei aller Notwendigkeit einer fundierten und spezialisierten beruflichen Weiterbildung zu bewahren gilt: Bildung wird in diesem Sinne in erster Linie als umfassende Persönlichkeitsbildung verstanden und ist nicht unbedingt auf einen bestimmten, unmittelbaren Zweck ausgerichtet.

Die Volkshochschulen stehen nicht nur allen Bürgerinnen und Bürgern offen, sondern sind auch vor Ort in erreichbarer Nähe angesiedelt. 173 Volkshochschulen mit 732 Außenstellen machen einen beachtlichen Grad an Flächendeckung aus, den es im Interesse einer bürger-nahen Daseinsvorsorge zu erhalten gilt. Gerade für den ländlichen Raum, für kleinere und mittelgroße Städte haben die Volkshochschulen eine wichtige Funktion in der lokalen Bildungs- und Kulturlandschaft.

Hinsichtlich welcher aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erwarten Sie einen Beitrag der Volkshochschulen?

Neben der allgemeinen Weiterbildung im oben angesprochenen Sinne bildet nach wie vor die Integrationsarbeit einen Schwerpunkt der Volkshochschulen. Dass drei Viertel der Volkshochschulen bundesweit bereits Integrationskurse angeboten haben und damit an der Spitze aller Weiterbildungsträger stehen, belegt eindrucksvoll, wie sehr sich die Volkshochschulen in diesem Bereich einen Namen gemacht haben. Darüber hinaus vermerkt der Nationale Bildungsbericht 2014, dass die Volkshochschulen allein im Jahr 2011 fast 33.000 Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ mit über 444.000 Kursbelegungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund durchgeführt haben. Aber auch generell für Menschen, die den so genannten „Zweiten Bildungsweg“ beschreiten wollen, sind die Volkshochschulen wichtige Anlaufstellen, die höchstes Vertrauen sowie Anerkennung genießen. Das ist entscheidende Voraussetzung, wenn wir auch Menschen mit einem eher bildungsfernen Hintergrund für die Weiterbildung gewinnen wollen. Und schließlich ist auch die politische Bildung, die Förderung eines stets kritischen und zugleich konstruktiven politischen Bewusstseins in unserer Demokratie eine gewichtige Aufgabe, an deren Erfüllung die Volkshochschulen einen erheblichen Anteil haben beziehungsweise weiterhin haben sollten.

Die Koalitionsvereinbarung verspricht die Anhebung der Landesförderung auf den Bundesdurchschnitt bis zum Ende der Legislaturperiode. Wie kann das Versprechen bis 2016 eingelöst werden?

Bereits die Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, die Ende 2010 ihren Bericht vorlegte, empfiehlt eine weitere regelmäßige Erhöhung der Landeszuschüsse für die Träger der allgemeinen Weiterbildung entsprechend der Steigerung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, wie dies seit 2008 bereits praktiziert worden war. Nicht nur weil die Einsetzung der Enquetekommission zum gesamten Themenspektrum auf Vermittlung der FDP/DVP-Fraktion zwischen dem CDU-Vorschlag einer Enquete zur beruflichen Bildung und dem SPD-Vorschlag einer Enquete zur Weiterbildung zurückging, war und ist uns Liberalen die Arbeit der Kommission und die Umsetzung ihrer Empfehlungen stets ein wichtiges Anliegen.

Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt deshalb die mittlerweile grün-rote Landesregierung bei ihrem Bemühen, die Grundförderung durch das Land stufenweise anzuheben, und begrüßt die von den Regierungsfractionen angekündigte Erhöhung im Doppelhaushalt 2015/16. Allerdings ist offen, ob mit dieser Erhöhung das von Grün-Rot im Koalitionsvertrag versprochene Ziel einer Förderung auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts erreicht wird. Unabhängig davon werden wir Liberalen auch in Zukunft auf der Grundlage der Empfehlung der Enquete-Kommission für die Erhöhung der Zuschüsse entsprechend den Tarifabschlüssen eintreten.

Angemerkt sei schließlich noch, dass die FDP grundsätzlich anstrebt, die private Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen durch Einführung oder Verbreitung flexibler Finanzierungsinstrumente wie Bildungssparen, Lernzeitkonten oder Bildungsgutscheine zu unterstützen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Kommentar von Verbandsdirektor Dr. Hermann Huba:

Na ja, über den Sinn von Bildungsgutscheinen müssten wir nochmal gemeinsam nachdenken. Auch über die Erhöhung des Landeszuschusses entsprechend der Steigerung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst – wenn das die einzigen Erhöhungen sein sollen. Besonders bemerkenswert finde ich dagegen die „Kern-Aussage“ gleich zu Beginn des Interviews: Wegen ihres breiten Bildungsangebots sind die Volkshochschulen unverzichtbar. Als Positionsbeschreibung der FDP/DVP-Fraktion ist das ein sensationeller Satz. Dafür herzlichen Dank!